

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Seiten
Teil im Jahre monatlich 200 Mark.
Abbestellen nehmen die Anzeigen
und die Anzeigen die Anzeigen
entgegen. - Druckzeitung
Sonderdruck - Anhang Nr. 55.
Telegramme: Erzgebirge Auergebirge.

Belegpreis für Anzeigen aus dem
Anhang 200 Mark, monatliche
Anzeigen 200 Mark, Anhang
teil 100 Mark. Bei größeren
Anzeigen entsprechende Rabate.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 293

Montag, den 18. Dezember 1922

17. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Ritz, M. d. R.

Die Wahrscheinlichkeit war sehr groß, daß noch vor Weihnachten dem deutschen Volke von London her ein Ables Christmashingebinde herübergeschickt werden würde. Wenn die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten in London zu einer Einigung geführt hätte, so wäre diese Einigung naturgemäß auf dem Rücken Deutschlands zustande gekommen, und das Ministerium Cuno hätte sich dann vor die Entscheidung auf ein Ultimatum gestellt gesehen, das als Vorbereitung oder Vorbedingung der Brüsseler Konferenz mit absoluter Sicherheit gekommen wäre. Dieser Entwicklungsgang ist zunächst unterbrochen worden. In London haben die Ministerpräsidenten vorläufig keine Einigungsformel gefunden. Der politische Vernichtungswille Frankreichs gegenüber Deutschland findet seine Bundesgenossen mehr. Es ist gut, dies besonders festzustellen, da dieser Zustand nur erreicht werden konnte durch die bisher von Deutschland betriebene, von jedem Chauvinismus frei freistehende Politik. Es wäre aber verhängnisvoll, annehmen zu wollen, daß der französische Vernichtungswille durch das Abdrücken von England und Belgien irgendwie geschwächt worden sei. Poincaré will wieder versuchen, mit seiner bisherigen Methode, d. h. auf dem Umweg wirtschaftlich unumgänglicher Forderungen, zum Ziele der politischen Herabsetzung Deutschlands zu gelangen. Für Deutschland mit seinen derzeitigen Nachverhältnissen bleibt bei dieser Sachlage keine andere Politik übrig, als Frankreich gegenüber auch den Schein eines Rechtes zu neuen Gewaltmaßnahmen zu nehmen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es auch verständlich, daß die Reichsregierung sich entschlossen hat, die für Jugoslawien, Passau und Sektin geforderte Sühne summe zu bezahlen. Ganz gewiß bedeutet diese Zahlung eine neue Demütigung Deutschlands, verschuldet durch verantwortungslos, es Handeln deutscher Volksgenossen. Die ohne jede Rücksicht auf die notwendigen Folgen zu Erweisen verschreiten, mit denen sie weder einer Sache noch einer Person nützen können. So sehr sich das Innere jedes Deutschen gegen diese neue Demütigung aufbäumt, so wenig konnte man ihr aus dem Wege gehen, wenn man nicht noch Schwerkeres und noch Demütigeres herausbeschwören wollte.

Darin liegt ja eben eine der schmerzlichsten Erscheinungen unserer Zeit, daß so viele Kreise in Deutschland die Wirkung ihrer Worte und Taten auf die Lage des eigenen Volkes nicht abwägen. Ein äußerst betrübendes, aber sehr kennzeichnendes Bild bot in dieser Beziehung eine der größten deutschen Zeitungen, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, nach Ablehnung der Vorschläge in London. Noch am selben Abend stand mit fetten Lettern an der Spitze des Blattes nach einer Notiz von der Ablehnung die Mitteilung zu lesen, daß die deutschen Vorschläge der Industrie nicht bekannt gewesen seien und von ihr nicht gebilligt worden wären. Ungeheurer und verantwortungsloser, als es hier geschah, kann ein großes deutsches Blatt kaum handeln, und wenn die politische Weisheit des Herrn Sinnes in dieser Notiz ihren Niederschlag finden sollte, so wäre es besser, er überlasse die Politik anderen. Ganz abgesehen davon, daß bei aller wirtschaftlichen Bedeutung Herr Sinnes nicht gleichbedeutend ist mit der Industrie und durchaus nicht berechtigt ist, im Namen der deutschen Industrie zu sprechen, ist es völlig sinnlos, nach Ablehnung der deutschen Vorschläge die deutsche Regierung vor dem Auslande noch nachträglich dadurch besonders zu diskreditieren, daß man ihr den Vorwurf macht, ohne Einverständnis mit der Industrie wirtschaftlich bedeutsame Vorschläge gemacht zu haben. In England würde z. B. eine solche Diskreditierung der Regierung aus industriellen Kreisen heraus als unfair einfach undenkbar sein, und die industriellen Kreise würden sich dort, wenn sie sich übergegangen hätten, mit der Regierung unter vier Augen auseinandersetzen. Bei uns denkt man offenbar noch anders über diese Dinge, und es muß ausdrücklich begrüßt werden, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Deutsche Volkspartei von dieser Handlungsweise des von Herrn Sinnes unterhaltenen Blattes abgerückt sind. Insees gegenwärtige Lage ist zu ernst, als daß der Regierung aus den Kreisen heraus, die in ihr selbst vertreten sind, unnötigerweise Knäuel zwischen die Beine geworfen werden oder daß eine von früher her vielleicht bestehende persönliche Mißstimmung eines einzelnen Industriellen gegenüber dem Reichsfizler sich zur Diskreditierung der ganzen Reichsregierung auswirken dürfte.

Vertrauensvotum für Poincaré.

Die große Kammerdebatte hat, wie es zu erwarten war, mit der Annahme der einfachen Tagesordnung endet. Diese wurde mit 512 gegen 78 Stimmen ange-

nommen. Nur Sozialisten und Kommunisten haben geschlossen dagegen gestimmt. Es ist klar, daß dieses Votum keine Lösung der schleichenden Kabinetskrise bedeutet. Poincaré selbst hat sie als ein Provisorium für kurze Frist bezeichnet, indem er die Parteien vor der Abstimmung inständig bat, angesichts der internationalen Lage „für einige Tage“ geschlossen den Burgfrieden zu wahren. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß die wahre Stimmung der Kammer zum Ausdruck kam, als sie nach den Erklärungen Poincarés mit 289 gegen 238 Stimmen den regierungswidrlichen Antrag auf Vertagung aller Interpellationen ablehnte.

Nach der Rede Tardieu wurde es vielfach für möglich gehalten, daß Poincaré aller Voraussetzungen zum Trotz in öffentlicher Kammer Sitzung gestürzt werde. Die aufmerksam angehörte Rede des Abg. Fergeot, der von 10 1/2 bis gegen Mitternacht sprach, hat Poincaré insofern genügt, als die Kammer sich vor ein neues Programm gestellt sah, das die Mehrheit zunächst einmal verbilligen mußte. Fergeot ist über die Rede seines Parteifreundes Paul Renault, der gleich ihm zu den Kreisen um Millerand gehört, weit hinausgegangen, indem er nicht nur die Festsetzung der deutschen Schuld auf einen vernünftigen Betrag und die rein wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage, sondern überdies offen sofort die Rückerstattung des besetzten Rheinlandes im Falle eines Schuttpaktes mit England und Amerika empfahl. Es ist als ein deutliches Symptom für den in Frankreich eingetretenen Umschwung zu betrachten, daß die Kammer diese Erklärungen ruhig angehört hat. Fergeots Rede klang aus in der Aufforderung zum freiwilligen Rücktritt Poincarés.

Mussolinis Reparationsdenkschrift. Herabsetzung der deutschen Schuld.

In seiner der Londoner Konferenz vorgelegten Denkschrift weist der Ministerpräsident Mussolini zunächst auf die dringende Notwendigkeit einer vollständigen und endgültigen Regelung der Reparationsfrage hin. Die italienische Regierung sei gegen jede Lösung, die nur teilweise und aufschiebend wäre. Es sei als vollkommen unumgänglich zu bezeichnen, auf irgendeinen Teil der Italien zustehenden Reparationen zu verzichten, außer wenn England zu einer billigen Regelung seiner den Alliierten gewährten Kredite schreite, wodurch es den Alliierten ermöglicht würde, zugunsten Deutschlands auf einen entsprechenden Anteil an den Reparationen zu verzichten.

Die italienische Regierung fordere in loyaler und aufrichtiger Weise diese Regelung seitens Englands, wobei sie sich auf die Erwägung stütze, daß die interalliierten Schulden nicht auf eine Stufe gestellt werden könnten, sowie daß die britische Regierung, die hervorragenden Finanzmänner und Vertreter des Handels sich vollkommen Rechenschaft darüber ablegen daß England die Bezahlung seiner Kredite nicht verlangen könne, ohne die Alliierten in den Abgrund einer politischen Krise und des wirtschaftlichen Bankrotts zu stürzen. Nachdem die italienische Regierung diese Betrachtungen allgemeiner Art vorausgeschickt, unterbreitete sie den Alliierten folgende Vorschläge zur Prüfung:

1. Die alliierten Mächte kommen überein, daß die Regelung der Boms der Serie C erfolgen solle mittels des Wertes der von Österreich und Ungarn abgetretenen Staatsgüter.
2. Die deutsche Reparationsschuld wird auf diese Weise auf die Obligationen der Serien A und B beschränkt, das heißt, auf 50 Milliarden Goldmark.
3. Ein Moratorium von zwei Jahren soll Deutschland für die Bezahlung dieser Obligationen gewährt werden.
4. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, vor dem 15. Januar 1923 zu bewirken, daß die deutschen Banken und die deutsche Industrie die Unterbringung einer Anleihe von mindestens 3 Milliarden Goldmark garantieren, wovon 500 Millionen Mark gemäß den Vorschlägen von Dr. Birtch im November dieses Jahres von der deutschen Regierung zur Stabilisierung der Mark usw. verwendet werden sollen. Der Rest soll für die Reparationen bestimmt werden.
5. Einige Einnahmen des Deutschen Reiches, auf die heute die Reparationen ein Vorrecht haben, sollen als Garantie für diese Anleihe bestimmt werden.
6. Die reparationsberechtigten Mächte sollen von Deutschland verlangen können, daß es die Sachlieferungen fortsetze.
7. Während der Dauer des Moratoriums werden die Reparationskommission und erforderlichenfalls das berichtigte Garantiekomitee darüber wachen, daß die deutsche Regierung alle zur Stabilisierung des Marktwertes notwendigen Maßnahmen ergreife.

8. Nach Ablauf des Moratoriums und nach Wiederherstellung des Kredites Deutschlands soll dieses die Reparationszahlungen wieder aufnehmen.

Endlich beschäftigt sich der Plan Mussolinis mit dem Problem der produktiven Länder, die von Deutschland als Ausgleich für die ihm gewährten „Erlöskontingente“ gefordert werden müßten und die als geeignet zu betrachten seien, die rechtmäßigen Ansprüche der Gläubiger, besonders Frankreichs, zu befriedigen.

Internationale Konferenz in Washington.

„Daily Mail“ berichtet aus New York: Gerüchweise verlautet, daß Präsident Harding beabsichtigt, nachdem er den amerikanischen Botschafter zu Paris gezogen habe, die Mächte zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz nach Washington einzuladen. Wenn alle Pläne bereit seien, so werden diese den europäischen Mächten mitgeteilt. Die Hälfte oder zwei Drittel der Anleihe von 1 1/2 Milliarden sollen zur Zeichnung in Amerika aufgelegt, der übrige Teil auf die anderen Nationen nach einem vorherigen Plane verteilt werden. Als Sicherheit für diesen Kredit werde die amerikanische Regierung eine Hypothek auf alle deutschen Einnahmequellen einschließlich der Ein- und Ausfuhrabgaben, vorschlagen. Mit anderen Worten, die alliierten Regierungen sollten auf einen Teil ihres Pfandes aus dem Friedensvertrag verzichten, um den Forderungen der internationalen Bankiers für die Zeichnung des geplanten Kredites gerecht zu werden. Die Hindernisse, die einer Vereinbarung über eine solche Hypothek im Wege ständen seien fast unüberwindlich. Andererseits sei jedoch die Lage Europas verzweifelt.

„Daily Mail“ zufolge ist der amerikanische Plan auf die außerordentlichen Rückwirkungen zurückzuführen, welche die europäische Lage auf die innere Politik der Vereinigten Staaten ausübe. Besonders die amerikanischen Farmer beklagen sich bitter über die Unmöglichkeit, ihren Ueberfluß in Europa zu verkaufen, weil Europa nicht bezahlen könne.

Eine Untersuchungskommission der Alliierten und Amerikaner!

Wie „New York Herald“ aus Washington berichtet, hat das Staatsdepartement entschieden in Abrede gestellt, daß die Absicht bestehe, eine internationale Bankierkonferenz einzuberufen. Der amerikanische Standpunkt läßt sich nach dem Blatt wie folgt zusammenfassen:

1. Amerika zieht unter gewissen Voraussetzungen eine tätige Anteilnahme an der europäischen Politik in Betracht.
2. Amerika ist bereit, eine Regelung vorzuschlagen. Diese Bereitschaft hängt jedoch von der Zustimmung Frankreichs ab.
3. Amerika ist der Ansicht, daß Deutschland nach Abgabe seiner Leistungsfähigkeit zahlen soll, verlangt aber, wenn Deutschland nicht zahlen kann, daß diese Lastfrage anerkannt werde.
4. Amerika steht auf dem Standpunkt, daß eine Bedrohung Deutschlands mit Okkupation und wirtschaftlicher Erdrosselung die Welt schädigt.
5. Amerika ist bereit, einen umfangreichen Privatcredit im Interesse Deutschlands gutzuheißen.
6. Der Kredit ist zu garantieren mittels teilweiser Aufhebung der ersten Hypothek, die die Alliierten auf Grund des Versailleser Vertrages besitzen.

Das Blatt fügt hinzu, die Regierung würde es als reinen Wahnsinn für die Vereinigten Staaten betrachten, wenn sie sich in die europäische Politik mischten, ohne die Versicherungen erhalten zu haben, daß die Alliierten, namentlich Frankreich, nachgeben. Inoffiziell werde in Washington die Bildung einer Kommission vorgeschlagen, bestehend beispielsweise aus alliierten und amerikanischen Sachverständigen, die die Bestimmung in Deutschland untersuchen und die deutsche Zahlungsfähigkeit abschätzen soll.

Der polnische Staatspräsident Narutowicz erschossen.

Heute mittag wurde während der feierlichen Eröffnung der alljährlichen Kunstausstellung ein Attentat auf den Staatspräsidenten der Republik Polen, Gabriel Narutowicz, verübt, indem drei Schüsse auf ihn abgefeuert wurden. Staatspräsident Narutowicz ist tot. Der Attentäter, Kunstmalers Elias Niemcewicz, ist verhaftet.

Narutowicz war ein Schulkamerad des früheren polnischen Außenministers Skirmintz, mit dem er das Pilsener Stadtgymnasium besuchte. Danach studierte es Ingenieurwissenschaften in Petersburg. Der 58 Jahre alt gewordene Präsident hat 38 Jahre in der Schweiz gelebt und die eldgenössische Staatsangehörigkeit erworben. Er wirkte als Professor am Polytechnikum in Zürich.

Narutowicz wurde am 9. Dezember als Nachfolger Pilsudskis mit 289 Stimmen der Linken und der Mittelparteien gegen 227 Stimmen der Rechten zum Staatspräsidenten der Republik Polen gewählt. Seine Wahl bedeutete eine Zufallswahl und rief in den nationalen Kreisen Polens helle Empörung hervor. General Galer rief die Bevölkerung Warschaus zum heftigen Kampf gegen Narutowicz auf und wies auf das Recht der Be-